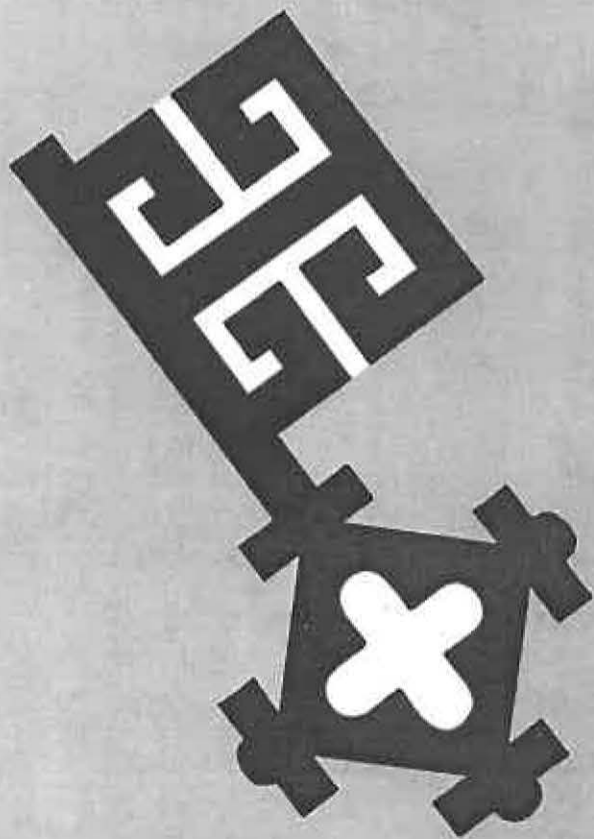


Zielbewußt und besser

CDU

CDU

Zielbewußt und besser



Für Bremen klare Politik

CDU

CDU

Für Bremen klare Politik

Die Freie Hansestadt Bremen hat aufgrund ihres historischen Wachstums mit ihren beiden Seehäfen Bremen und Bremerhaven für Deutschland besondere Aufgaben der Seewirtschaft und des Außenhandels übernommen.

Der Zweistädtestaat kann alle Voraussetzungen erfüllen, die ein Bundesland nach dem Grundgesetz aufzuweisen hat.

Die SPD-Politik aber gefährdet unser Land.

Die Selbständigkeit Bremens in Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern zu sichern, ist und bleibt eine vordringliche Aufgabe.

Herausgeber: CDU-Landesverband Bremen  
Katharinenklosterhof 1-3  
Druck: Moritz Deter, Bremen

## **Demokratie erfordert Machtwechsel !**

Zu lange schon liegt das Schicksal des Landes Bremen in den Händen der Sozialdemokraten. 25 Jahre SPD-Herrschaft sind genug. Bremens guter Ruf wurde in dieser Zeit verspielt.

Jede politische Partei erhält die Macht nur auf Zeit. Der Bürger des Landes hat es in der Hand, die CDU als Alternative zu wählen. Denn Regierung auf Zeit ist die demokratische Form der Machtausübung. Keine Partei darf aufgrund verhärteter Mehrheiten auf die Dauer regieren. Eine parlamentarische Demokratie ohne Wechsel der Verantwortung ist zum Absterben verurteilt.

Die Zeit für eine Ablösung der verbrauchten SPD ist gekommen !

## **CDU-Spitzenkandidat**



**Dr. Cassens, Johann-Tönjes MdB**  
Rechtsanwalt und Notar  
38 Jahre, verheiratet  
Mitglied der Deputation für Inneres

Nach dem Abitur Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg und Kiel. Erste juristische Staatsprüfung beim schleswig-holsteinischen Oberlandesgericht. Justizausbildungsdienst in Kiel, Berlin und Schleswig. Als Referendar Ausbildung an der Hochschule für Verwaltungswissenschaft. Große juristische Staatsprüfung am Oberlandesgericht Hamburg. Rechtsanwalt und Notar in Bremen.

## Bremen kommt so nicht weiter

**Wirtschaftliche Unsicherheit und starke Preissteigerungen** bestimmen gegenwärtig das Bild der Bundesrepublik Deutschland. Dies hat für Bremen besondere Bedeutung. Die Arbeitsplätze sind hier stärker als in anderen Gebieten durch das Auf und Ab des Welthandels und die Schwankungen der Konjunktur gefährdet. Im Lande Bremen fehlen Wachstumsindustrien und ein größeres Arbeitsplatzangebot.

Die **Bildungseinrichtungen** können ihre Aufgabe nicht erfüllen, weil Lehrkräfte, Schulräume und Turnhallen fehlen. Die Berufsausbildung junger Arbeitnehmer wird vernachlässigt. Der Bremer Senat hat noch immer kein leistungsfähiges bildungspolitisches Konzept vorgelegt. Ohne eine realistische Planung läßt sich eine bessere Bildungspolitik nicht verwirklichen.

Auf **sozialpolitischem** Gebiet wartet die Bevölkerung auf eine bessere Grundausstattung an öffentlichen Diensten und Einrichtungen, wie Kindergärten, Spiel-, Sport-, Freizeitanlagen, Gesundheitseinrichtungen und familiengerechten Wohnungen. Für Bremen sind weder ein einheitliches städtebauliches Konzept noch ein Generalverkehrsplan in Sicht.

Wenn Bremen weiterkommen will, müssen diese Grundfragen gelöst werden. Jeder Bürger muß in Zukunft mehr aus seinem Leben machen können.

Dieses Land braucht deshalb eine Führung,  
die sich den Tagesproblemen aktiv zuwendet,  
die über den Tag hinaus denkt und  
die die politische Kooperation über die Grenzen hinweg verwirklicht.

## Das Land Bremen braucht eine stabile und dynamische Wirtschaft



**Klein, Günter** MdBB  
Jurist  
Oberregierungsrat im Bundesdienst  
41 Jahre, verheiratet  
Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU  
Mitglied des Haushaltsausschusses

Erst die Rückkehr zu wirtschaftlicher Stabilität in der Bundesrepublik verhütet weitere Preissteigerungen und sichert die Arbeitsplätze auch in Bremen.

Das Land Bremen muß für seine Zukunft aber auch einen eigenen Beitrag leisten.

Dieses Land lebt nicht nur von seinen Häfen und dem internationalen Handel. Es lebt auch von der Leistungsfähigkeit seiner Industrie. Alle Faktoren bilden gemeinsam die Grundlage einer gesicherten wirtschaftlichen Entwicklung.

Im Lande Bremen kommt es in den nächsten Jahren vor allem darauf an:

- eine leistungsfähige Infrastruktur zu schaffen,
- neue Industriezweige anzusiedeln,
- die Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Betriebe zu verbessern,
- die Häfen international konkurrenzfähiger zu machen.

## Das muß nach Meinung der CDU getan werden:

- Der Bremer Senat muß im Bundesrat und den Bund-Länder-Kommissionen stärker auf eine Politik drängen, die bei stabilen Preisen das wirtschaftliche Wachstum fördert, die Arbeitsplätze sichert und so das Steueraufkommen vermehrt.
- Die Verhältnisse am Arbeitsplatz müssen mit Hilfe einer funktionsgerechten Mitbestimmung aller an der Wirtschaft beteiligten Kräfte in partnerschaftlicher Zusammenarbeit verbessert werden. Oberstes Ziel ist die Stärkung der Rechte für den einzelnen Arbeitnehmer am Arbeitsplatz.
- Für die Zukunft müssen Entwicklungspläne erarbeitet werden, die das Angebot an sicheren Arbeitsplätzen erhöhen und damit die Verdienstmöglichkeiten für die Bevölkerung verbessern.
- Mittelständische Betriebe müssen in ihrer wirtschaftlichen Struktur gefördert werden, da sie für den Fortschritt in der sozialen Marktwirtschaft unentbehrlich sind.
- Für die Ausweitung bremischer Betriebe müssen erschlossene Grundstücke frühzeitig bereitgestellt werden.
- Für die Ansiedlung neuer Betriebe ist vorausschauend zu werben.
- Investitionsvorhaben, die der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur Bremens dienen, müssen durch staatliche Maßnahmen unterstützt werden.
- Der Zusammenhang zwischen Industrieansiedlung und Hafenpolitik muß mehr als bisher berücksichtigt werden. Die bremischen Standortvorteile sind auszunutzen.
- Vor Einsatz von Steuergeldern ist sorgfältig zu planen, damit Fehlinvestitionen vermieden werden.
- Die Hafen- und Umschlagsanlagen für den konventionellen Verkehr sind ständig den neuen Beförderungstechniken anzupassen.
- Der Bau eines leistungsfähigen Flughafens im Küstenbereich ist energisch voranzutreiben.
- Unabhängig davon muß der Flughafen auf dem Neuenlander Feld voll funktionsfähig gehalten werden.  
Dabei sind insbesondere die Verkehrssicherheit und die Lärmschutzmaßnahmen zu verbessern.
- Die Städte Bremen und Bremerhaven müssen als zentrale Vermarktungsplätze für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Region erhalten werden.

## Bildungseinrichtungen müssen leistungsfähiger gemacht werden



**Dr. Sieling, Hans-Hermann MdB**  
Oberstudienrat  
54 Jahre, verheiratet  
Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion

Die Bildungsreform muß sich an folgenden Zielen orientieren:

- Soziale Chancengleichheit
- Berücksichtigung der Entwicklungsfähigkeit des Kindes
- Optimale Bildung des einzelnen durch Differenzierung der Bildungswege und Durchlässigkeit des Bildungssystems
- Gleichrangigkeit der Abschlüsse.

Die Leistungsfähigkeit der Schulen ist zu erhöhen.

Die Bildungsinhalte, Bildungsziele und Methoden müssen neu erarbeitet werden.

Die berufliche Bildung muß als öffentliche Aufgabe verstanden und durch Zusammenwirken von Schule, Betrieb, Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft und freien Berufe ausgebaut werden.

Sie ist gleichrangig mit den allgemeinbildenden Schulen in die Sekundarstufe II einzugliedern.

Fachhochschulen und Universität sind zu einer leistungsfähigen Gesamthochschule zusammenzufassen.

## Das muß nach Meinung der CDU getan werden:

- Ein Bildungsplan muß erarbeitet werden, der den gesamten Bildungsbereich von der vorschulischen Erziehung bis zur Hochschulbildung und Erwachsenenbildung umfaßt.
- Auf der Grundlage dieses Bildungsplanes muß endlich ein zeitlicher, lokaler und finanzieller Schulentwicklungsplan vorgelegt werden.
- Schwerpunkte der Bildungspolitik müssen im Vorschulbereich und in der Berufsausbildung gesetzt werden.
- Alle Bildungsbemühungen müssen im Vorschulbereich beginnen, weil dort über die Chancengleichheit entschieden wird. In einem Sonderprogramm für die nächsten vier Jahre ist die vorschulische Erziehung in Versuchen zu erproben und bis zur Verbindlichkeit für alle Kinder (5. — 6. Lebensjahr) zu entwickeln. Dabei sind die freien Träger gebührend zu berücksichtigen.
- Der junge Arbeitnehmer muß eine verbesserte berufliche Grundausbildung erhalten. Die gesetzlich geforderten 12 Wochenstunden müssen für alle Berufsschüler verwirklicht werden. Dabei ist der Berufsschulsport angemessen zu berücksichtigen.
- Das zukünftige Schulwesen ist in den Elementarbereich (Vorschuljahr), den Primarbereich (1. — 4. Schuljahr), die Sekundarstufe I (5. — 10. Schuljahr) und die Sekundarstufe II zu gliedern.
- Raumnot und Lehrermangel sind zu beheben. Die Lehrerausbildung ist in die Universität zu integrieren. Angemessene Schulversuche sind mit wissenschaftlicher Auswertung zu unternehmen. Der Schulsport ist nachhaltig zu fördern.
- Die Berufsausbildung ist zu gliedern in die berufliche Grundausbildung (Berufsgrundausbildungsjahr) und eine auf der Grundausbildung aufbauende stufenweise Fachausbildung.
- Die Fachhochschulen sind personell und materiell so auszustatten, daß sie zu vollwertigen Gliedern im Gesamthochschulbereich werden können.
- Es ist ein Hochschulgesetz zu schaffen, das die Freiheit von Forschung und Lehre sichert, in personeller und sachlicher Hinsicht den Erfordernissen einer modernen Hochschule gerecht wird und die organische Einordnung dieser Gesamthochschule in das bestehende deutsche Hochschulwesen gewährleistet.

- Die Erwachsenenbildung muß integriert werden in das gesamte Bildungssystem. Alle hauptamtlichen Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung sind rechtlich gleichzustellen.
- Es ist ein Erwachsenenbildungsgesetz zu schaffen, das jedem Bürger Gelegenheit gibt, seine Allgemeinbildung zu erweitern, sich in seinem Berufsfachwissen fortzubilden und sich auf erforderliche Umstellungen im Arbeitsprozeß rechtzeitig vorzubereiten.
- In Bremen-Nord und Bremerhaven sind Kultur- und Freizeitzentren zu schaffen. Dadurch soll auch das Umland an dem Kulturleben des Landes Bremen beteiligt werden.



**Kaufmann, Egon MdBB**  
Beamter des Bundes  
Personalratsvorsitzender  
42 Jahre, verheiratet  
Mitglied der Deputation für Inneres



**Schepers, Wilhelm MdBB**  
Landesgeschäftsführer der CDU  
44 Jahre, verheiratet  
Mitglied der Deputation  
für Kunst und Wissenschaft



**Dr. Schäfer, Johannes MdBB**  
Dipl.-Ingenieur  
63 Jahre, verheiratet  
Mitglied der Deputation für Wirtschaft



**Filzen, Wilhelm MdBB**  
selbständiger Kaufmann  
55 Jahre, verheiratet  
Mitglied des Haushaltsausschusses



**Scharlau, Hans-Georg**  
Berufssoldat  
48 Jahre, verheiratet  
Mitglied im Bundesausschuß  
Verteidigungspolitik der CDU



**Domscheit, Arthur**  
Beamter, 56 Jahre, verheiratet  
CDU-Fraktionsprecher  
im Beirat Vegesack  
Stellvertretender Landesvorsitzender  
der CDU-Sozialausschüsse





**Hänecke, Marianne** MdBB  
Hausfrau, 41 Jahre, verheiratet  
Landesvorsitzende der CDU-Frauenvereinigung  
Mitglied der Deputation für das Gesundheitswesen

## **Der Alltag muß durch soziale Dienste und Einrichtungen erleichtert werden**

Es müssen mehr neue und besser ausgestattete Wohnungen zu tragbaren Mieten geschaffen werden, insbesondere für junge Familien, kinderreiche Familien und alte und alleinstehende Menschen.

Beim Wohnungsbau müssen günstige Umweltbedingungen stärker berücksichtigt werden.

Die Familie ist in ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen durch den Bau von weiteren Kindergärten, gut erreichbaren Spiel- und Freizeitanlagen und Freizeitanlagen für die Jugend.

Gesundheitsgefährdende Umwelteinflüsse sind wirksam zu bekämpfen.

Bei allen städtebaulichen Maßnahmen müssen Wohnung, Haus und Boden in verstärktem Maße zur Bildung von Eigentum in Arbeitnehmerhand verwandt werden.

Die Städtebaupolitik von morgen verlangt eine Verbesserung des Bodenrechts.

Planungen und Neuordnungen müssen von Verzögerungen und ungerechtfertigten Verteuerungen befreit werden. Spekulationsgewinne aus Bodengeschäften sind steuerlich stärker zu erfassen und müssen der Allgemeinheit zugute kommen.

## **Das muß nach Meinung der CDU getan werden:**

- Eine Gesamtkonzeption für die Familienförderung muß im Lande Bremen erarbeitet werden, um die finanziellen Mittel gezielt und sinnvoll einsetzen zu können.
- Die stärkere Mitsprache und Beteiligung der jungen Generation muß in allen sie betreffenden Entscheidungen in unserer Gesellschaft verwirklicht werden.
- Für die Jugendförderung muß eine mittel- und eine langfristige Finanzplanung aufgestellt werden.
- Ältere Mitbürger müssen materiell gesichert und vor gesellschaftlicher Isolierung bewahrt werden. Sie müssen die Chance erhalten, ihr Leben sinnvoll zu gestalten. Sie müssen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- Jede Familie hat das Recht auf eine angemessene Wohnung. Mehr als bisher ist darum der Bau von familiengerechten Wohnungen sicherzustellen.
- Wohnungs- und Mietpolitik sind zu verbessern: Die berechtigten Belange des Mieters sind zu sichern, die Eigentumsbildung ist zu fördern und die Wirtschaftlichkeit des Wohnungswesens ist anzustreben.
- Den einkommenschwächeren Bevölkerungskreisen ist durch Zuschüsse und Zinsverbilligungen die Möglichkeit zu geben, Eigentümer ihrer Sozialwohnungen zu werden.
- Die Wohnungsbaugesellschaften dürfen nur zu Bauträgergesellschaften, aber nicht zu marktbeherrschenden Wohnungseigentümern werden. Die Gesellschaften sind anzuhalten, mit Steuermitteln geförderte Wohnungen zu sozialen Preisen den Mietern als Eigentum anzubieten.
- Die beiden Stadtgemeinden sollen rechtzeitig für jeden Bedarf ausreichend planen und Grundstücke erschließen. Hierbei ist jede Bevorzugung von Grundstücken, die im Eigentum der öffentlichen Hand oder großer Bauträger stehen, zu vermeiden.
- Bremen muß endlich einen umfassenden Stadtentwicklungsplan erstellen. Erst dadurch wird ein sinnvoller Ausbau auf lange Sicht möglich.
- Die Entwicklung der einzelnen Stadtteile mit Nebenzentren muß gefördert werden. Daneben darf die Ausgestaltung der Innenstadt nicht vernachlässigt werden.

- Bei der Planung für den Ausbau der Städte Bremen und Bremerhaven sind die Bürger wirksam zu beteiligen.
- Ein leistungsfähiges „Park- and Ride-System“ muß besonders für die berufstätige Bevölkerung geschaffen werden.
- Die Planungen für den Ausbau eines Nahschnellverkehrsnetzes (S-Bahn) in Bremen müssen mit der Bundesbahn kurzfristig koordiniert und in Bauleitplänen und Flächennutzungsplänen festgelegt werden.
- Auch die Planungsentscheidung für den Ausbau des Stadtschnellverkehrsnetzes (U-Bahn) muß noch im Jahre 1972 getroffen werden, damit der Bevölkerung bis zum voraussichtlichen Höhepunkt der Motorisierung im Jahre 1980 ein attraktives öffentliches Verkehrsmittel angeboten werden kann.
- Es muß eine verstärkte Gesundheitsaufklärung und Beratung über Ernährung, Rausch- und Suchtmittelgefahren sowie über Sexual- und Ehefragen erfolgen. Die hierfür berufenen freien Verbände müssen bei den von ihnen geplanten und durchgeführten Maßnahmen gefördert werden.
- Das bremische Krankenhauswesen muß durch eine funktionsgerechtere Organisation mehr den Bedürfnissen der Patienten angepaßt werden.
- Die Arbeitsbedingungen für Ärzte und Krankenhauspflegepersonal müssen verbessert werden.
- Zur Gesunderhaltung muß das Recht des Bürgers auf saubere Luft, reines Wasser, Schutz vor Lärm und auf offene Flächen für die Erholung verwirklicht werden. Hierzu bedarf es eines besonderen Referates für Umweltschutz beim Senator für Inneres.
- Der Sport erfüllt in der modernen Gesellschaft unentbehrliche gesundheitliche und soziale Aufgaben.  
Zur Erfüllung ihrer Zwecke sollen Turn- und Sportvereine als Träger des Breiten-, Leistungs- und Freizeitsports unterstützt werden.

## Verantwortungsbewußt und demokratisch regieren



**Neumann, Bernd**  
Lehrer  
29 Jahre, verheiratet  
Landesvorsitzender der Jungen Union  
Vorstandsmitglied der GEW

In Zukunft muß mit den vorhandenen finanziellen Mitteln planvoller umgegangen werden. Prestigeausgaben kann sich Bremen nicht leisten.

Das verlangt eine stärkere demokratische Kontrolle des Bremer Senats und der Verwaltung auf der Grundlage einer am Grundgesetz orientierten neuen Verfassung.

Der Bürger hat einen Anspruch auf stärkeren Schutz vor Übergriffen und Verbrechen.

Die demokratische Mitwirkung der Bürger an den kommunalen Aufgaben muß verstärkt werden.



**Thiel, Annelis**  
Sekretärin  
24 Jahre, verheiratet  
Kreisvorstandsmitglied  
der Jungen Union



**v. d. Schulenburg, Wedige**  
Kfm. Angestellter  
26 Jahre, ledig  
Stellvertretender Landesvorsitzender  
der Jungen Union



## Das muß nach Meinung der CDU auf dem Gebiet der allgemeinen Politik getan werden:

- Bremen benötigt eine solide Finanzpolitik auf der Grundlage einer gestärkten Wirtschaftskraft. Für den Bürger ist deutlich zu machen, in welchem finanziellen Rahmen und nach welchen Prioritäten entschieden wird.  
Öffentliche Schulden dürfen niemals durch öffentliche Schulden bezahlt werden.
- Die Grundsätze von Haushaltswahrheit und Haushaltklarheit müssen beachtet werden, um die notwendige Übersicht und Vergleichbarkeit der Haushalte und damit die Möglichkeit demokratischer Kontrolle der Landesregierung zu sichern.
- Um die Bedeutung und Tragweite politischer Entscheidungen der bremischen Öffentlichkeit sichtbar zu machen, müssen parlamentarische Ausschüsse gebildet werden. Zur Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle müssen Untersuchungsausschüsse eingesetzt werden, wenn es ein Viertel der Abgeordneten so verlangt.
- Das Deputationswesen muß reformiert werden, damit die Verfilzung von Parlament und Verwaltung hinter verschlossenen Türen ein Ende hat.
- Der Bürgermeister muß eine Richtlinienkompetenz erhalten.
- Die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft müssen weitergehende Informations- und Kontrollrechte erhalten, damit der Senat nicht ohne parlamentarische Kontrolle Beschlüsse fassen und das Parlament vor vollendete Tatsachen stellen kann.
- Der Personalstand der Polizei muß wegen der ständig zunehmenden Aufgabe und der Kriminalitätsdichte erhöht werden.
- Die Polizei muß im Interesse einer wirksamen Verbrechensbekämpfung mit modernen technischen Einrichtungen ausgestattet werden.  
Bei der Erfüllung ihrer Pflicht muß sie des vollen Rückhaltes der politischen Instanzen sicher sein können.
- Im Bereich der Ortsämter müssen die Rechte der Beiräte gestärkt werden. Auch in den übrigen Stadtteilen sollen direkt gewählte Beiräte eine bessere orts- und bürgernahe kommunalpolitische Mitwirkung gewährleisten.



**Ben, Gerhard MdB**  
selbst. Einzelhandelskaufmann  
54 Jahre, verheiratet  
Mitglied der Deputation  
für das Bauwesen



**Meurer, Anton MdB**  
Schulleiter einer Privatschule  
52 Jahre, verheiratet  
Mitglied der Deputation  
für die allgemeinbildenden Schulen



**Brasse, Wilhelm MdB**  
Kfm. Angestellter  
36 Jahre, verheiratet  
Mitglied der Deputation  
für das Wohlfahrtswesen  
Landesvorsitzender der  
CDU-Sozialausschüsse



**Förster, Ingeborg MdB**  
Dipl.-Kaufmann  
50 Jahre, verheiratet  
Mitglied der Deputation f. Wirtschaft



**Krauss, Markus MdB**  
selbst. Speditionskaufmann  
50 Jahre, verheiratet  
Mitglied der Deputation  
für Häfen, Schifffahrt und Verkehr



**Schumacher, Heinrich MdB**  
Landwirt  
49 Jahre, verheiratet  
Mitglied der Deputation  
für Ernährung und Landwirtschaft



**Ehlers, Reinhard MdB**  
Kirchenbeamter  
Personalratsvorsitzender  
43 Jahre, verheiratet  
Mitgl. der Deput. f. Jugendwohlfahrt



**Fischer, Robert MdB**  
Rechtsanwalt und Notar  
66 Jahre, verheiratet  
Mitglied der Deputation  
Justiz- und Gefangenenwesen



**Sidon de la Fontaine, Fritz Bernd MdB**  
selbst. Automobilkaufmann  
49 Jahre, verheiratet  
Landesschatzmeister der CDU



**Metz, Reinhard**  
Journalist  
34 Jahre, ledig  
Landesgeschäftsführer  
der Jungen Union



**Urban, Georg**  
Kfm. Angestellter  
48 Jahre, verheiratet  
Vorsitzender des  
CDU-Kreissozialausschusses



**Gaßdorf, Rudolf MdBB**  
Kaufmann, 37 Jahre, verheiratet  
Mitgl. der Deput. für Leibesübung  
Vorsitzender des  
Landessportausschusses der CDU

## **CDU Bremen ist im Kommen !**

Die CDU präsentiert sich heute in Bremen und Bremerhaven als eine Partei, die einen ausgewogenen Kurs der politischen Mitte steuert und sich in der Landespolitik als Motor für viele Reformvorhaben bewährt hat.

Die CDU geht mit einer jungen Mannschaft in den Wahlkampf mit dem Ziel, die SPD-Vorherrschaft zu beenden.

Die CDU wird dem Zweistädtestaat eine liberale, dem Fortschritt dienende soziale Erneuerung bringen.

Die langjährige SPD-Regierung ist müde und verbraucht. Zu Reformen hat sie nicht mehr die innere Kraft. Sie verwaltet, statt zu gestalten.

Die Zustände in Bremen rufen nach Veränderung, nach der jungen, dynamischen Mannschaft, die sich in jahrelanger harter Opposition auf ihre Aufgabe für das Land Bremen vorbereitet hat. Die CDU wird mit unverbrauchter Kraft ihren Ideen zum Durchbruch verhelfen. Dazu benötigt sie die Unterstützung aller Bürger dieses Landes, die nicht die Dauerherrschaft der SPD und nicht den Sozialismus wollen.

Gehen Sie mit uns, damit der gute Ruf Bremens wiederhergestellt wird.